

PROTOKOLL
der 24.
L a n d e s -
s c h ü l e r -
konferenz 15.-
17. Mai 1998
im Johannes-
Gymnasium
in Lahnstein

Freitag, den 15. Mai 1998

Wegen der herrschenden Hitze wurde das Plenum ins Freie verlegt.

Freitag 17:00 Uhr inoffizielle Eröffnung durch den Innenreferenten der LSV Sebastian Zender. Das Programm der LSK wird durch den Außenreferenten Martin Timpe erklärt.

Susanne Lucas erläutert den Aufbau der LSV sowie die Geschäftsordnung der LSK.

Martin Timpe führt mit einigen Worten in die Diskussion und die zukünftige Struktur der LSV ein. Ziel von Martin Timpe ist der Aufbau einer Gesamtschülervertretung. Dies beinhaltet einen effizienteren Aufbau der LSV. Angestrebt wird die Integration von Stadtschülervertretungen. An die Einführung von Martin Timpe schließt sich die Diskussion an. Martin erläutert nochmals die Satzung in der formuliert ist, daß wir eine Gesamtschülervertretung wollen, da hauptsächlich über die Möglichkeit einer generellen Zusammenarbeit diskutiert wird. Martin leitet eine Abstimmung ein, ob das Modell in 2-3 RAK'en nächstes Jahr probeweise eingeführt werden soll. Die Abstimmung ergab, daß die Mehrheit der Anwesenden dafür votierte, bei vier Gegenstimmen. Weiter ging's zum Abendessen.

Samstag, 10.20 Uhr:

TOP 1:

Offizielle Eröffnung der Landesschülerkonferenz durch den Landesvorstand.

Es wurde festgestellt, daß die LSK beschlußfähig ist, sowie daß satzungsgemäß eingeladen wurde.

Wahl des Präsidiums: Präsidentin: Susanne Lucas

Technischer Assistent: Philipp Schaubruch

Protokollantin: Barbara Nietzel

Festlegung der Tagesordnung:

Es lag ein Initiativanträge zu den Sexualkunderichtlinien vor. Dieser wurde in die Tagesordnung aufgenommen.

Abstimmung der Tagesordnung: bei 3 Enthaltungen angenommen

Genehmigung des Protokolls der 23. LSK:

Es wurden Fehler im Protokoll gefunden.

1. Seite 6: Wahl der Bundesaußschußdelegierten: Martin hat nicht kandidiert sondern Uli Maurer und Sarah Ditsche, Sarah und Sanne wurden delegiert, Greta und Uli als Vertreter, noch ein weiterer hatte sich zur Wahl gestellt, der Name ist aber nicht mehr bekannt.

Richtigstellung: 2 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen, 39 dafür

2. Finanzreferat falsch eingeklebt, steht unter Kampagne - Richtigstellung: 50 dafür, 6 Enthaltungen, 2 dagegen

3. Martin: Arbeitsbericht des LaVos: Alphabet benutzen - Abstimmung: 16 dagegen, Enthaltung 4, 26 dafür

Abstimmung über das ganze Protokoll: 48 dafür, 1 dagegen, 11 Enthaltungen

TOP 2: Vorstellung der Anträge durch Antragssteller

Beginn mit den regulären Anträgen

- Martin stellt den Antrag O1 vor: Vorschlag zur Stellungnahme zur der Neuordnung der gymnasialen Oberstufe O2, O3 Stand kurze Zusammenfassung Petition, Gegenmeinung zum LaVo
- A 1: Antrag zur Koedukation; Sebastian Zender: Begriffsklärung Koedukation, wichtige Diskussion, Antragstext schwer verständlich, Texte zur Koedukation siehe Heft
- A 2: Antrag zum großen I: Antrag schon mal diskutiert, Änderungsantrag für kleines i, wenn nicht,



Wir wissen nicht, was dieser kurzbehoste Delegierte gerade erzählt, wir wissen nur, dass es völlig daneben ist barfußig das Präsidium zu leiten.

- wäre angenommen worden, deswegen noch mal
- A 3: Noten in Kunst und Musik: Antragsteller nicht anwesend, Martin schlägt vor den Antrag deswegen zu verschieben, Antrag wird zurückgenommen
- Schulkonferenz, Tobias: wird erst bei Top 5 vorgestellt
- Frage nach Antrag S 1, Antrag nicht fristgerecht eingereicht, kann trotzdem diskutiert werden Vorstellung Alexander Busam: Trennung eines Parteiamtes und LSV-Amtes. Kann man in Organisation drin sein, aber kein Amt haben? Begründung, wird auf Diskussion verschoben

4 Initiativanträge

- I 1: Landesverfassung: wird vorgelesen: siehe Antrag vorlesen der Paragraphen der Landesverfassung; was soll dann passieren, LSV soll aufklären, und dich dagegen aussprechen. Abstimmung über Behandlung des Antrages: 4 dagegen, 4 Enthaltungen, 3/4 Mehrheit erlangt Antrag wird behandelt.
- I 2: Antrag zu Bundesjugendspielen: die Antragstellerin liest den Antrag vor: Bundesjugendspiele sollten auf freiwilliger Basis stattfinden, z.B. Alternativfest *wenn freiwillig dann kann man es doch gleich lassen*, in Städten ist vielleicht entscheidet schule, ob Spiele stattfinden, oder der Einzelne ob er hingehen will jeder Schüler kann selber entscheiden ob er hingeht: Abstimmung: 14 dagegen, 7 Enthaltungen, Mehrheit erreicht, der Antrag wird behandelt
- I 3: Sexualehrerlinien: Ramona: Vorlesen, bei AG Freitag Abend festgestellt, dass die Richtlinien veraltet sind
Abstimmung: 3 dagegen, 6 Enthaltungen, wird behandelt
- I 4: Lehrerverteilung sollte vor der Kurswahl bekanntgegeben werden
 - Lehrer machen Großteil der Noten aus
 - Organisatorisch nicht möglich
 - gibt schon Schulen, die das Machen und zu einem Großteil möglich
 - gibt auch andere Wahlen, z.B. 2. Fremdsprache, sollte dazugen
 Abstimmung: 63 dafür, 8 dagegen, 5 Enthaltungen d.h. Antrag wird behandelt

Koedukation und Oberstufe werden in AGen behandelt Vorstellung der AGen:

TOP 3: Arbeitsgruppen

1. Felix Stumpf "Demokratie in der Gesellschaft und Schule"
Idee von Demokratie entwickeln, wie demokratisch finden wir die Schule, was muß sich ggf. ändern

2. Sebastian und Greta: "Hierarchien in der Schule" was ist H., wo sind sie in der Schule, wie ohne
3. Philipp: "Demokratie in SV-Strukturen" Vergleich von SV, Satzungen, Diskussion darüber
4. Julia: "Koedukation"
theoretische Grundlagen, pro, contra,
5. Martin: "Oberstufe" Diskussion der verschiedenen Anträge

TOP 4: Diskussion und Beschlußfassung der Anträge

Antrag O 1

Martin stellt den Kompromiß zu Antrag O 1 vor:

1. **Änderungsantrag:** tragbarer Kompromiß wird gestrichen, statt dessen, "wie folgt" formuliert
2. **Änderungsantrag:** ,welches ein Sparkonzept ist, das wir ablehnen. Allein deshalb"
3. **Änderungsantrag:** Falls DIESE HIER GENANN- TEN Kritikpunkte vom Minister aufgenommen werden, bewertet die LSV das Konzept als tragbaren Kompromiß"

Diese Änderungen wurden vom LaVo in Übereinstimmung mit der SSV Alzey, der wichtig war, dass eine ablehnende Haltung deutlich zu erkennen ist, **übernommen.**

Antrag O 2 und O 3 wird zurückgezogen.

Frau Matthäa (MBWW) hat in der AG zur Gym. Oberstufe den Vorschlag gemacht, dass die Zeit zwischen dem schriftl. und mündl. Abitur für Kursarbeiten genutzt werden sollte.

Lavo-Meinung: Zeit nicht mit Arbeiten vollstopfen, um Schüler in die Schule zu zwingen

Vorschlag: Zeit für fächerübergreifender Projektunterricht nutzen

Frage: *Wie wird LSV gegen das Konzept vorgehen, wenn Kritikpunkte und Vorschläge nicht aufgenommen werden?*

LaVo wird Gespräche mit Zöllner führen und dann bei der Anhörung Kritikpunkte einbringen, die Zöllner bis dahin nicht aufgenommen hat

Abstimmung über geänderte Form: 55 dafür, 5 dagegen, 9 Enthaltungen, d.h. der **Antrag O 1** wurde in der geänderten Form **angenommen**

Antrag A 1:

Sebastian stellt Antrag noch mal kurz vor

Begründung: *Geschlechtertrennung ablehnen, weil:*

- *Mängel von Frauen in naturwissenschaftlichen Fächern als Schwäche gesehen werden*
- *Isolation ist keine Verbesserung*
- *gesellschaftliches Geschlechterproblem wird durch die schulische Trennung nicht aufgehoben, es erfolgt nur eine kurzzeitige Verbesserung*

- in gemischten Gruppen lernen Frauen sich auch gegen Männer durchzusetzen
 - Koedukation bisher nicht richtig durchgesetzt, nur organisatorisch, deswegen ist erstmal Reflexion wichtig
 - es sollten Fortbildungen gemacht werden um das Problem zu vermitteln, nicht unter den Tisch zu kehren
 - Schulbücher in denen Frauen nur als Schwestern, Mütter und Hausfrauen auftauchen bieten keine Identifikationsmöglichkeiten. In Hessen gibt es schon ein Gesetz dazu, dass dieses ändern soll.
 - Thematisierung ist wichtig: auch SchülerInnen das Problem vermitteln um so Hierarchien zwischen ihnen abzubauen
 - 40% der Gym.-Direktoren sind männlich (obwohl keine besseren Kompetenzen), Macht wird deswegen als männl. angesehen
- Daniel Marx: Sind das Erkenntnisse der feministischen Schulforschung?



Sebastian: Es wurde erkannt, dass Koedukation wie sie jetzt existiert nicht gleichberechtigt ist: LehrerInnen rufen häufiger Jungen auf, Schüler fallen Mädchen in naturwissenschaftlichen Fächern häufig ins Wort...

Daniel Marx: Ist das jetzt eine Quotenforderung?

Sebastian: gegen Quote: Forderung nach Begründung der oberen Ebene

Kommentar: Diskriminierung, LSV soll sich dagegen aussprechen, Befürworten des Antrags Frauen werden auf 2-Klassenniveau herab gesetzt, rassistisch

letzter Satz: Reflexiv: das in allen Ebenen darüber nachgedacht wird

Wortmeldung: Sport ist als koedukative Unterricht nicht geeignet, Altersgruppen fragen, ob sie das wollen

Patrick: seit der 8. Klasse zus. Sport, bis jetzt keine Beschwerden, Gleichberechtigung in allen Bereichen Sarah Pietr.: Zus. Sport zu haben spornt an, es gibt in der Bewertung sowieso Unterschiede

Daniel Marx: getrennte Listen in Frage stellen, sonst müsste es in allen anderen Fächern unterschiedliche Bewertungen geben im koedukativen Unterricht

Sebastian: man sollte darüber nachdenken, ob eine gewisse Förderung von Mädchen sinnvoll ist, manchmal werden Mädchen diskriminiert. Eingeschlechtliche AGen könnten sinnvoll sein, man sollte die betroffenen wirklich selber fragen.

Patrick: zum Sportunterricht, Mädchen werden durch unterschiedliche Tabellen genug gefördert AGen sind auch Diskriminierung

GO-Antrag: Antrag auf Abstimmung und Ende der Debatte

Tobi: formale Gegenrede: 62 dafür, 10 dagegen, 6 Enthaltungen

Abstimmung über Antrag A 1: 59 dafür, 1 dagegen, 7 Enthaltungen

damit ist der **Antrag A 1 angenommen.**

Antrag A2

Tobias: wurde auf der letzten LSK schon gestellt, der Änderungsantrag, dass das I in SchülerInnen klein geschrieben wird angenommen und deswegen ist der seiner Meinung nach sinnvolle Antrag abgelehnt worden

Patrick: **Änderungsantrag:** wenn dann "Landesschülerinnen und -schülervertretung"

Tobias nimmt Änderungsantrag nicht an: SchülerInnen ist weniger Schreibarbeit, großes I hat sich eingebürgert, andere LSVen auch schon großes I.

Frage: kann man den jetzigen Namen nicht lassen

Tobias: Gleichberechtigung sollte auch hier festgehalten werden

Änderungsantrag wird abgestimmt: Umbenennung der LSV in „Landesschülerinnen und Landesschülervertretung“: 3 dafür, 65 dagegen, 7 Enthaltungen d. h. **Änderungsantrag abgelehnt.**

Antrag wird nun in der umgeänderten Form abgestimmt: 41 dafür, 25 dagegen, 12 Enthaltungen, d.h. **Antrag A 2 angenommen.**

Frage: muß der Antrag nicht Satzungsändernd gestellt werden?

Der Antragsteller verweist auf den Antragstext

Initiativantrag I 2 von Camilla Gudat

Begründung von Camilla Gudat: *Schüler und Lehrer keine Lust haben, viele machen blau, diskriminierend für Schüler, die kein Sport können, im Sommer nur auf dem Sportplatz, andere Sportarten werden weniger ausgeübt, dies wird damit begründet, dass für die BJS geübt werden müsste. Lehrer werden ausgenutzt*

Gegenrede: *dass man im Sommer raus geht, ist doch klar, genug Zeit für andere Sportarten*

Sarah: *gibt wichtigeres, als über Sporttag zu diskutieren, manche fühlen sich auch bei Mathe diskriminiert*

Eugen: **GO-Antrag** auf Beendigung der Debatte

Inhaltliche Gegenrede: Sport legt man Maßstäbe an, diskriminierend, wenn jemand unsportlich ist, verliert Lust am Sport

Abstimmung über Beendigung der Debatte: 14 dafür, 47 dagegen, 8 Enthaltung

Camilla: *Unterschied, ob schlechte Note oder Blamage vor allen Schüler auf dem Sportplatz*

Änderungsantrag: da ein Teil in dem Antrag fehlt: "LSV fordert die Abschaffung der BJS, statt dessen soll ein

Alternativsportfest stattfinden, bei dem SchülerInnen ohne Leistungsdruck ..."

Tobias: **Änderungsantrag** zum Änderungsantrag: "LSV soll sich darum kümmern, dass das Thema in die BSV übertragen wird" Änderungsantrag **übernommen**

Meldung: *an manchen Schule wird Alternativfest 2jährig durchgeführt*

Patrik: *BJS Auszeichnung für Leute, die gerne Sport machen*

Änderungsantrag: freiwillig, werden für Spiele vom Unterricht befreit, Alternativfest in der Freizeit

GO-Antrag auf Ende der Redeliste, keine Gegenrede

Rafael: *allen Schülern ermöglichen Spass an Sport zu bekommen, deswegen alternatives Sportfest*

3 MINUTEN PAUSE, DAMIT PATRIK SEINEN ÄNDERUNGSANTRAG FORMULIEREN KANN

Änderungsantrag von Jan

Patriks und Rafaels Änderungsanträge werden vorgelesen

Rafael **übernimmt:** Die LSV fordert ein Alternativ-

programm zu den Bundesjugendspielen

Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag von Raphael: 45 dafür, 11 dagegen, 11 Enthaltungen

Initiativantrag I 3:

Anfang, dass Sexualkunderichtlinien in die Diskussion kommen, wichtig, da Richtlinien veraltet sind

Änderungsantrag von Patrik: „ggf.“ und „möglichst“ soll gestrichen werden

Ramona **übernimmt** Änderung.

Ramona: *Seminar soll Leute informieren, Auseinandersetzung, damit später dann mit vielen diskutiert werden kann*

Frage: *Was steht in den Richtlinien, was soll verändert werden?*

R.: *kann erst nach Diskussion Änderungsvorschläge möglich, man sieht aber, dass die Richtlinien konservativ und veraltet sind*

Abstimmung über den geänderten Antrag: 65 dafür, 3 dagegen, 0 Enthaltungen



Initiativantrag I 4:

Vorstellung von Pascal: Antrag nur inhaltlich diskutieren, Vorlesen des Antrags, Übernehmen, dass Allgemein

Sarah: *Lehrer sind nur Menschen, die nicht selektiert werden dürfen, Probleme können auch auf anderem*

P: *es stimmt nicht, dass Lehrer Klasse nicht aussuchen dürfen, warum nicht auch Schüler*

Patrik: *Schüler wählen Lehrer, die einfach sind und gute Noten geben, Lehrer sollten nicht selektiert werden*

Tobi: *Organisatorisch nicht möglich, Schwachsinn, dass Schüler nach Lehrern und nicht nach Fächern wählen*

Änderungsantrag: miteinbeziehen der Frauen, großes I

Antrag **übernommen**

Redebeitrag: *wenn Schüler alle zu einem Lehrer wollen und manche nicht mehr in die Klasse kommen, werden diese benachteiligt*

GO-Antrag auf Beendigung der Rednerliste, formale

Gegenrede. 56 dafür, 3 dagegen, 3 Enthaltungen
Pascal: *Arbeitgeber interessiert die reine Note, nicht welchen Lehrer man hatte, Lehreraufteilung vor den Sommerferien möglich*
für den Antrag, da Note vom Lehrer abhängt, man nimmt Lehrer. mit dem man am besten zurecht kommt.

Lehrer ändern vielleicht ihren Unterricht, wenn niemand zu ihnen kommt.

Abstimmung über I 4: 37 dafür, 30 dagegen, 9 Enthaltungen d.h. **Antrag I 4 angenommen Persönliche Erklärung** von Martin Timpe: Es ist mir peinlich diesen Antrag als LaVo zu vertreten.

Initiativantrag 1: Artikel 29 & 33 der Landesverfassung:

leider stürzte an dieser Stelle der Computer ab, das Protokoll wurde handschriftlich fortgesetzt. Leider sind diese Aufzeichnungen nicht mehr auffindbar.

TOP 5:Schulkonferenz

Tobias klärt den Begriff Schulkonferenz:
Gesamtkonferenz trifft zentrale Entscheidung, undemokratisch, deswegen wird Schulkonferenz gefordert

Beschlusslage der 7. LSK:

Zusammensetzung, zentrales Entscheidungsgremium
Kompetenzen: AGen, Haushalt, Schulfeste Schulausschuss und Schulbuchausschuss werden abgeschafft

Frage: *Wann kann es geschafft werden Schulkonferenz einzuführen?*

Tobias: *Lange Diskussion, Schulgesetzänderungen, erst inhaltliche Klärungen*

Frage: *Wieviele Personen in der Schulkonferenz*

Tobias: *% in der Beschlußlage, je nach Schule, je Schüleranzahl*

Frage: *Was für ein Sinn hat das aufschiebende Veto-recht?*

Martin: *erst Statements, dann weitere Diskussion*

Marianne Demmer (GEW):

non plus ultra der Mitbestimmung?

Erfahrungen aus anderen Bundesländern: kein non plus ultra, nicht zufrieden (Lehrer setzen sich doch immer durch, manche Angelegenheiten verstehen wir gar nicht, Direktion macht doch was sie will
Umsetzung der ursprünglichen Ziele nicht erreicht
Überlegung was ist strukturell falsch (was kann man besser machen):

1. Gruppenpartizip: Lehrer Schüler, Eltern, techn. Pers. Verhältnis zueinander nicht geklärt, Schulkonferenz soll Schule leiten, deswegen einheitliche Ent-

scheidungen, kein Spielplatz, sondern grundsätzliche Entscheidungen, sind das Partner, Gegner, je nach Situation, welche Sit, tun sich zusammen, Gruppenprinzip = Konkurrenzverhalten statt Zusammenarbeit, Vertreter vertreten die einzelnen Gruppen oder die Interessen der Schule, die die strukturell stärker sind (die über Informationen haben, Tagesordnung festlegen), Schüler sind benachteiligt,

NRW: Gruppe von LehrerInnen kann nicht überstimmt werden (50%) Eltern und Schüler teilen sich 50%, bei Stimmgleichheit entscheidet der Schulleiter, große Diskussion

Änderung der Paritäten ändert nichts, Konfliktpotential bleibt

2. Schulkonferenz repräsentativ (nicht direkt demokratisch beteiligt, keine gerechte paritätische Verteilung) und zu formell

3. Demokratie zu lernen beschränkt sich auf kleinen Teil der Schule, keine Demokratisierung der ganzen Schule, beschränkt sich auf das passive Wahlrecht
Schlussforderung: Bewusst sein über die Grenzen der Schulkonferenz, nutzen

direkte Demokratie einführen: Selbstverwaltete und -organisierte Projekte, Probleme in einem Austausch lösen (in Projekten bearbeiten, Austausch versch. Gruppierungen) Umgehung über Probleme informieren, von da aus Schulkonferenz benutzen (finanz. Mittel...) konkrete Ziele und Rückhalt bei den Schülern

Verbindung zw. Mitgliedern der Schulkonferenz und der Schülerschaft

Mittel der Schulkonferenz für Durchsetzung inhaltlicher Ziele benutzen

Ina Rengstorf (GSV Bremen)

in der Schulkonferenz seit 3 Jahren

Entstehung: SV, Eltern, Lehrer kämpften für die Einführung

Aufgaben: alle sollten zusammen entscheiden, oberstes beschlussfassendes Gremium, alle wichtigen Angelegenheiten müssen beschlossen werden, Haushalt und Verteilung der Stunden, Schüler werden in die Verantwortung, Schulordnung

Verteilung: NUP, Eltern, Lehrer und Schüler, Vorsitzender und Vertreter werden gewählt, nicht Schulleiter, Schulleiter nicht automatisch drin

Probleme: geringe Beteiligung von Schülern, Schüler schlecht vorbereitet, Gesamtkonferenz nimmt sich zu viel raus (eigentlich nicht erlaubt), wenig Vorbesprechungen, Rest siehe Zettel

Schulautonomie wird ausgenutzt, um z. BB. finanzielle Probleme abzuwählen

Sonderrecht der Schulleitung: Anwesenheitsrecht alle Beteiligten sollten gleich behandelt werden

Anträge SK 1 und SK 2

Vorstellung der Anträge durch Tobias Freudenreich

Antrag SK 2:

Änderung: Schulleiter in Punkt C (6) wird durch SchulleiterIn ersetzt

Frage: *Wieso Vetorecht? Sinnvoll, wenn man mit Diskussion nicht zurechtkommt, oder mehr Informationen*

Tobias: *z.B. um Meinung der Schüler zu klären*

Frage: *Wie wird Schulkonferenz gewählt?*

Tobias: *jede Gruppe entscheidet selbst*

Änderungsantrag zu C1 das Wort „jährlich“ soll gestrichen werden, der LaVo **übernimmt** den Antrag

Frage: *kann ein Antrag jedes mal verschoben werden?*

Tobias: *nur Diskussionsvorlage*

Änderung des Antragstellers: „einmalig“ aufschiebendes Vetorecht

Änderungsantrag: „außer dem Schulleiter können beliebig viele Lehrer, Schüler und Eltern mit beratender Stimme teilnehmen“

LaVo lehnt Änderung ab: Schulkonferenz muß offizielles Gremium sein, Kompromiß, dass

Änderungsantrag von Daniel Marx: *Schüler könnten sich durch Protokoll informieren*

Änderungsantrag Pascal, **nicht übernommen**

kann die Person beliebig gewählt werden (Schüler nur Schüler wählen, oder auch andere

Begründung: jeder kann sich Berater wählen um sich zu informieren

Berater von Sitzung zu Sitzung neu?

Pascal: *Berater sollte fest sein*

Tabea: *keine Beschränkungen: 2 Berater, alle die kompetent sind, sollten kommen können*

Andreas: *Protokoll? wichtig, damit es für alle zugänglich ist*

Tobias **Änderungsantrag:** „Die Schulkonferenz kann öffentlich und nicht öffentlich tagen. Zu den öffentlichen Sitzungen muß ein Protokoll ausgehängt werden.“ *Wichtig, dass es auch nicht öffentliche Sitzungen gibt, da teilweise auch Dinge besprochen werden, die einzelne Personen persönlich betreffen*

Antrag wird vom LaVo **überkommen**

GO-Antrag auf Ende der Debatte, formelle Gegenrede: 31 dafür, 12 dagegen

Änderungsantrag: 2 Personen jedes mal neu liegt kein Beschluss vor, tagt Schulkonferenz öffentlich: 32 dafür, 12 Enthaltungen 4 dagegen

Antrag von Pascal schließt sich damit aus

Antrag SK 2 wird abgestimmt: 42 dafür, 0 dagegen, 5 Enthaltungen **Antrag SK 2 angenommen**

Antrag SK 1

Tobias stellt den Antrag vor

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung des Antrags SK 1: Abstimmung: 40 dafür, 0 Enthaltungen und Gegenstimmen

Antrag SK 1 angenommen.

Die 24. Landesschülerkonferenz endete nach einer Diskussion über die Schulkonferenz am Samstag Abend. An dieser Diskussion waren beteiligt: Doris Ahnen (Staatssekretärin MBBW), Timan Boehlkau Vorsitz-

zender GEW Rh-Pf), Guido Dahm (Bündnis 90/Die Grünen im Landtag), Ina Rengstorf (GesamtschülerInnenvertretung Bremen) und Sebastian Zenner (Innenreferent der LSV) sowie als Moderator David Profit. (ehem. LSV-Referent).



Die 24. Landesschülerkonferenz macht sichtlich auch dem Delegierten aus Alzey Alexander B. (2. v. l.) Spass!

Anträge in der beschlossenen Fassung:

Initiativantrag I 1: Änderung Artikel 29 & 33 der Landesverfassung Rheinland-Pfalz

Artikel 29 ist zu streichen

Artikel 33 wird ersetzt durch:

Die Schule hat die Jugend zur Menschlichkeit und Nächstenliebe, Achtung vor dem Leben, Rechtlichkeit, Erhaltung der deutschen Kultur, Verantwortung zur Natur und Umwelt, Verständigung zwischen allen Menschen und Rassen (zu erziehen).

Da das Protokoll nichts über die Diskussion und Abstimmung zu diesem Antrag aussagt, ist dies der (vom Layouter geänderte (da der Antrag nur aus einer Begründung besteht) Antragstext.

Initiativantrag I 2: Bundesjugendspiele

Die LSV fordert eine Alternativveranstaltung zu den Bundesjugendspielen. Dieses Alternativsportfest, bei dem die SchülerInnen ohne Leistungsruck, Konkurrenzdenken und ausschließlich ihren eigenen Interessen nach den Sportarten kennenlernen und ausüben können, soll parallel stattfinden. Desweiteren sollte die LSV diesen Antrag auf Bundesebene bringen, da es bundesweite Relevanz hat.

Initiativantrag I 3: Auseinandersetzung mit Sexualkunderichtlinien

Da die momentanen Sexualkunderichtlinien für RLP mit ihren 28 Jahren überaltert sind und durch ihre konservativen Elemente aus heutiger Sicht nicht mehr zeitgemäß sind, beschließt die LSK, daß sich der Landesvorstand und der Landesausschuß mit ihnen auseinandersetzt und Maßnahmen ergreift, um sie in die allgemeine Diskussion zu bringen, die so die Änderung der Richtlinien zum Ziel hat.

Zu Beginn dieser Diskussion sollte noch in diesem Schuljahr ein Seminar zum Thema Sexualkunderichtlinien stattfinden.

Initiativantrag I 4: Frühzeitige Lehrerzuteilung

Die LSK fordert die Schulleitungen dazu auf, die LehrerInnenzuteilung der einzelnen Kurse soweit wie möglich schon vor der Kurswahl der SchülerInnen bekannt zu geben.

Antrag O1: Stellungnahme der Landesschülervertretung Gymnasien und Gesamtschulen RLP zur Neuorganisation der gymnasialen Oberstufe

Die Landesschülervertretung bewertet das neue Konzept von Bildungsminister Zöllner wie folgt:

Die Vorgehensweise, ausschließlich über die Struktur und nicht über die inhaltliche Gestaltung der Oberstufe zu diskutieren wird scharf kritisiert.

Der LSV ist voll bewusst, dass das Konzept zur neuen Oberstufe im Rahmen von KOSI 2010 steht, welches ein Sparkonzept ist, das wir ablehnen. Allein deshalb soll jedoch eine Ablehnung des Konzeptes zur Neuordnung der gymn. Oberstufe nicht vorgenommen werden.

Es wird kritisiert, dass der Minister entgegen seiner eigenen Ankündigung nur in 17 Schulen in RLP das Kurssystem im kommenden Schuljahr 1998/99 einführt. Die LSV fordert die Einführung des Kurssystems in 11 für alle Gymnasien und Gesamtschulen zum kommenden Schuljahr.

Die "Versuchsphase" wird scharf kritisiert. Um Schwächen und Probleme einer dreijährigen Oberstufe aufzuarbeiten, muss diese Phase auch drei Jahre dauern. Alles andere ist eine Ausrede aufgrund der schwierigen Situation in der KMK.

Der Landesvorstand wird beauftragt, in Verhandlung-



Während der „Podiums“-Diskussion, es spricht gerade unsere liebe Statts-

gen mit dem MBWW folgende Kritik einzubringen, um evtl. noch Verbesserungen des Konzepts zu bewirken:

- Es muss eine mindestens einwöchige unterrichtsfreie Lernphase vor dem mündlichen Abitur geben.
- Die Regelungen zu den Auslandsaufenthalten müssen im Sinne der SchülerInnen konkretisiert werden. Ein Auslandsaufenthalt darf nicht zum „verlorenen“ Jahr werden.
- Für SchülerInnen, die von anderen Schularten in die gymnasiale Oberstufe kommen, ist die praktisch nur noch halbjährige Einführungsphase zu kurz. Für diese SchülerInnen müssen Übergangsregelungen gefunden werden. Um konkrete Vorschläge zu sammeln, wird der Landesvorstand beauftragt, mit Betroffenen Gespräche zu führen.
- In der Zeit zwischen dem schriftlichen und mündlichen Abitur sollten ca. dreiwöchige Projekte im Sinne von fächerübergreifendem Unterricht eingeführt werden. Diese sollten, je nach der Entscheidung der einzelnen SchülerInnen, entweder in Gruppen oder einzeln, durchgeführt und durch einen schriftlichen Abschlussbericht im Ausmass einer Facharbeit dokumentiert werden. Falls nötig, kann dieser Bericht bewertet und die Bewertung in die Abiturqualifikation einbezogen werden.
- Das Kurssystem in 11 soll zum nächsten Schuljahr an allen Gymnasien und Gesamtschulen in RLP eingeführt werden (s. oben).

Falls diese hier genannten Kritikpunkte vom Minister aufgenommen werden, bewertet die LSV das Konzept als tragbaren Kompromiß.



Hier eine besonders eifrige AG, die sogar in den Abend hinein tagte, und die Arbeit in den gemütlichen Teil (siehe Bier) übergehen ließ.

Antrag SK 1: Einführung der Schulkonferenz in Rheinland-Pfalz

Die Landesschülervertretung/GG Rheinland-Pfalz fordert die Einführung der Schulkonferenz in Rheinland-Pfalz zum baldest möglichen Zeitpunkt.

Der Landesvorstand und der Landesausschuss werden beauftragt, politische Strategien zu erarbeiten und umzusetzen, durch die dieses Ziel erreicht werden kann.

Antrag SK 2: Beschlußlage der LSV zur Schulkonferenz

1. Definition und Kompetenzen

A) Allgemein

- (1) Die Schulkonferenz ist im Rahmen ihrer Aufgaben das höchste beschlußfassende Gremium der Schule. Die Schulleitung führt die Beschlüsse der Schulkonferenz aus.
- (2) Die Aufgabe des höchsten beschlußfassenden Gremiums besteht darin, über anfallende grundsätzliche und allgemeine, die Schule betreffende Anliegen zu beraten und zu beschließen. Ausnahme ist hierbei die Repräsentation, die der Schulleiter übernimmt

B) Wahl der Schulleitungen

Die Schulleitungen werden durch die Schulkonferenz aus der Mitte der Bewerber mit absoluter Mehrheit gewählt. Es muß das Einvernehmen mit dem Schulträger und dem Ministerium für Bildung und Kultur erzielt werden. Kommt das Einvernehmen nicht zustande, so entscheidet das Ministerium.

C) Sonstige Aufgaben und Kompetenzen

(1) Die Schulkonferenz entscheidet über die Einrichtung der AGs.

(2) Die Schulkonferenz berät und beschließt im Rahmen der geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften besonders über:

- alle grundsätzlichen den Unterricht betreffenden Fragen. Darunter fallen Fragen der Lehrpläne, **L e h r m e t h o d e n**, Leistungsbeurteilung, Versetzung, Hausaufgaben, Klassenarbeiten sowie der täglichen Unterrichtszeit, der Zahl

der Unterrichtstage pro Woche und der beweglichen Ferientage.

- Veranstaltungen der Schule wie Schulfeste, Projektwochen etc.
- Die Verteilung der der Schule zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel
- Beginn und Beendigung von Schulversuchen im Einvernehmen mit dem Schulträger
- Die Besetzung von Funktionsstellen in der Schule im Einvernehmen mit dem Schulträger bzw. dem fachlich zuständigen Ministerium.



Der letztjährige Landesvorstand (Martin T. + Susanne L.) im Gespräch mit dem diesjährigen (Martin T. + Sebastian Z.).

- (3) Die Schulkonferenz tagt mindestens zweimal im Halbjahr Sie ist auf Antrag eines Viertels ihrer Mitglieder oder der KSV, der Gesamtkonferenz der Lehrer oder des Schulelternbeirates innerhalb von 2 Wochen einzuberufen. Die Schulkonferenz wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, dem die Sitzungsleitung sowie die Verantwortung für die Einladungen und Protokolle der Schulkonferenz obliegt.
- (4) Die an der Schulkonferenz beteiligten Gruppen haben ein aufschiebendes Vetorecht, wenn sie jeweils geschlossen gegen einen Antrag stimmen. Das Veto gilt bis zu nächsten Sitzung.
- (5) Schulausschuß und Schulbuchausschuß werden aufgelöst. Ihre Kompetenzen fallen der Schulkonferenz zu.
- (6) Der Schulleiter nimmt an den Sitzungen der Schulkonferenz mit beratender Stimme teil, es sei denn, er hat durch die Wahl des Lehrerkollegiums eine Stimme in diesem Gremium erhalten.

2. Zusammensetzung

Die Schulkonferenz setzt sich aus 40% Schülerinnen und Schülern, 40% Lehrerinnen und Lehrern und 20% Eltern zusammen.

3. Wahlverfahren

Über die Art der Delegation entscheiden die jeweiligen an der Schulkonferenz beteiligten Gruppierungen selbst, ggf. im Rahmen ihrer Satzung.

Antrag A 1: Koedukation

Aufgrund der aktuellen Diskussion um die seit den 60er Jahren an fast allen rheinland-pfälzischen Schulen praktizierte Koedukation sieht sich die LandesSchülervertretung veranlasst, ihre Position zu dieser Unterrichtsform nochmals darzustellen und in die Diskussion einzubringen. Die Wiedereinführung des

nach Geschlechtern getrennten Unterrichts, die auch von vielen progressiven Verbänden gefordert wird, da diese sich dadurch eine rasche Veränderung der Situation der Schülerinnen erhoffen, wird von der LSV klar abgelehnt. Die LSV sieht im koedukativen Unterricht den richtigen Weg zur Gleichberechtigung von Schülerinnen und Schülern, kritisiert aber scharf die schwerwiegenden Defizite in seiner Umsetzung. Es ist notwendig, die Vorstellungen zur Geschlechterdifferenz und zum "Frau-/ Mannsein" auch im Unterricht zu reflektieren, um Mechanismen, die Gleichberechtigung verhindern, aufzudecken und bewußt zu verändern.

Der Landesvorstand und der Landesausschuß werden beauftragt, sich für

- das Einbringen der Erkenntnisse der feministischen Schulforschung in die Aus- und Fortbildung der Lehrer und Lehrerinnen,
- für das Erstellen umfassender Kriterienkataloge zur Prüfung von Unterrichtsmaterialien,
- für die verstärkte Thematisierung von Sexismus und Diskriminierung im Unterricht und
- auf struktureller Ebene für eine ausgeglichene Besetzung von Funktionsstellen in der Schule einzusetzen.

Die LSV fordert einen reflexiven koedukativen Unterricht.

Antrag A 2: Umbenennung der LandesSchülervertretung/GG Rheinland-Pfalz in LandesschülerInnenvertretung/GG Rheinland-Pfalz

Die LandesSchülerkonferenz möge beschließen, dass der Landesvorstand in Zukunft für die Öffentlichkeitsarbeit, Außenvertretungsarbeit sowie interne Arbeit die Bezeichnung LandesschülerInnen-

vertretung/GG Rheinland-Pfalz zu verwenden hat. Dem entsprechend werden alle anderen Gremien, Funktionen und Bezeichnungen der Landesschülervertretung/GG Rheinland-Pfalz in diesem Sinne umbenannt.

Dies gilt natürlich auch für die Geschäftsführung, den Landesausschuss und alle anderen Gremien der LSV, nicht aber für die Satzung der LSV, da hierfür eine Änderung der Gesetzestexte notwendig wäre.

Die Teilnehmenden von A bis Z:

Adrian Tabacki, Grünstadt; Alban Weber; Alexander Busam, Kriegsfeld; Alicia Köster; Andreas Ewen, Schönecken; Anna Loenenbach, Neustadt; Anna Zinn, Speyer; Anne Tischer, Boppard; Annette Melber, Landau; Annika Krämer, Gerolstein; Ariane Stottmeister, Dierdorf; Arndt Gysler, Leimersheim; Barbara Jungen; Berit Lauer, Worms; Bettina Frorath, Mainz; Camilla Gudat, Dudenhofen; Carsten Koener, Zell-Barl; Christian Tsaridis, Ludwigshafen; Christian Knitterscheidt, Konz; Christian Pompejus, Trier; Christina Schwind, Schifferstadt; Christoph Mack, Altenkirchen; Christoph Limbach, Mainz; Christoph Nilges, Idar-Oberstein; Christoph Schneider, Nierstein; Claudia Hesse, Nonnweiler; Claudia Jochem, Haßloch; Daniel Marx, Weißenthurm; Daniel Dahrendorf, Birkenheide; Dirk Leutner, Frankenthal; Dorian Freudenreich, Trier; Elisabeth Wissig, Burrweiler; Eugen Bitner, Worms; Fabian Wagner, Bingen; Felix Koltermann, Thalfang; Florian Fiebelkorn, Minfeld; Florian Ehlgen, Berod; Frank Ebeling, Konz; Gabi Fuhr, Speyer; Greta Wagner, Köngernheim; Hanna Horn, Speyer; Hanno Schmitt, Bitburg; Imke Reich; Inés Hinsberger, Trier; Iris Brennecke, Vallendar; Isam Haddad, Grafschaft-Gelsdorf; Jan Houdek, Limburgerhof; Jessica

Germayer, Koblenz; Jochen Wigand, Rittersdorf; Johannes Buchner, Germersheim; Jörg Eisenhauer, Kaiserslautern; Julia Schömann, Koblenz; Julia Kötz; Katharina Hoebbel, Birkenfeld; Kerstin Metten, Lahnstein; Kristina Dänzer, Bad Ems; Lisa Hill, Simmertal; Luca Valotta, Dudenhofen; Madlaine May; Maike Suppus, Buch; Manuel Noll, Koblenz; Marco Gedert; Mario Kaulmann, Mudersbach; Mark Wirtz, Trier; Markus Risch, Neustadt; Markus Gilles, Leudersdorf; Martin Baumann, Idar-Oberstein; Martin Timpe; Martin-M. Böhme, Mainz; Melanie Degurdre, Bornheim; Melanie Degueudre, Bornheim; Melanie Laudenberg, Klausen; Michael Geiß, Kisselbach; Michael Noll; Michael Jakobs, Prüm-Niederprüm; Miriam Keller, Kaiserslautern; Mitja Devaud, Dambach; Nadine Dreimüller, Bad Neuenahr; Nadja Nickol, Daaden; Nadja Ziganki; Nancy Blank, Kelberg; Nikola Schulze, Frucht; Nina Bazyar; Nina Borniger, Bingen; Pascal Sadaune; Pascal Hahn, Altrip; Patrik Biele, Großkarlbach; Philipp Schaubruch, Klosterkumbd; Philipp Schäferhövel, Arz???; Philipp Michol, Trier; Philipp Vogt, Konz; Ramona Holzer; Regina Preywisch, Essenheim; Sabine Wehr; Sabrina Alsbach, Koblenz; Sandra Martin, Eppelsheim; Sandra Martin, Eppelsheim; Sara Hommelsen, Daun; Sarah Dietsche, Rüber; Sarah Hunz, Dieblich; Sarah May, Jünkenrath; Sarah Pittroff, Mainz; Sascha Kopp, Bendorf; Sebastian Zender, Mainz-Kostheim; Stefan Pfeifer, Dierdorf; Steffen Löv; Susanne Lucas, Wachenheim; Tabea Schmitt, Bad Bergzabern; Tanja Scherer, Frankenthal-Eppstein; Tanja Spanier, Simmertal; Thomas Trossen, Kinheim/Kandel; Thomas Trinkel, Grünstadt; Tobias Hobbach, Weißenthurm; Ulrich Schneider, Landscheid; Ursel Reich, Mainz; Verena Kepp; Victoria van der Land, Grafschaft-Beller; Woyczak Thomas, Boppard.

Sowie: Doris Ahnen (Staatssekretärin MBBW), Timan Boehlkau Vorsitzender GEW Rh-Pf), Guido Dahm (Bündnis 90/Die Grünen im Landtag), Ina Rengstorf (GesamtschülerInnenvertretung Bremen) und Sebastian Zender (Innenreferent der LSV) sowie als Moderator David Profit.

(ehem. LSV-Referent), Felix Stumpf und Julia Schotte als AG-LeiterInnen, Marianne Demmer (GEW Bundesvorstitzende) als Referentin und einer genialen Band aus der Eifel (deren Name ich jetzt vergessen habe) und ...



Zwei von vielen, die da waren: Greta W. (Bundesausschussdelegierte) und Ulrich Sch. (LA-Sprecher und Bassist der umjubelten Band.



Nun heisst es Abschied nehmen, von der 24. LSK in Niederlahnstein (obwohl einige Delegierte gar nicht gehen wollten, Sonntags um 12:00 Uhr lagen immer noch ein paar in der Sonne), aber nicht traurig sein, die 25. LSK gibt's schon vom 2. - 4. Oktober im Haus der Jugend in Mainz.